

Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Verlagsamt: Tagesblatt Riesa,
Bismarckstr. 22.

Das Riesfaer Tagesblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Landratsamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1580
Stroßasse Riesa Nr. 52.

Nr. 288.

Samstag, 11. Dezember 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesfaer Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erfolgt, wenn der Betrag vorfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtigkeitsunterhaltungsbeilage "Weghänger an der Erde". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Ranges & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Nobelpreisträger.

Am 10. Dezember 1926 hat das Nobelkomitee den Nobelfriedenspreis für das Jahr 1926 dem deutschen Minister des Auswärtigen Dr. Stresemann und dem französischen Außenminister, Herrn Briand, den im Vorjahre zurückgestellten Preis von 1925, Sir Austen Chamberlain und dem amerikanischen Vizepräsidenten General Charles Dawes zuerkannt. Infolgedessen ist die Wahl, die das Komitee getroffen hat, nicht unrichtig, als sie wenigstens die Männer auszeichnete, die bei der Aussprache über die Befriedigung Europas am meisten genannt wurden. Denn, wenn sich heute einige ernstliche offizielle Persönlichkeiten an den Kontroversen beteiligen, so ist selbstverständlich das, was sie schärfen wollen, nur im Interesse der Weltbefriedigung zu suchen. Die Diplomatie will niemals den Krieg. Wenigstens tut sie so. Und wenn sich aus dem Gerede hinter den Kulissen der Regierungen schließlich doch so etwas wie eine bewaffnete Auseinandersetzung herausentwickelt, so liegt die Schuld an dem Blasen der Bombe, niemals bei den Diplomaten. Warum sollen also auch nicht Diplomaten mit dem Friedenspreise ausgezeichnet werden? Um den Frieden der Welt hat sich Herr Dr. Stresemann erblich bemüht. Auch von Herrn Briand kann man nicht sagen, daß er irgendwas unternommen hätte, was einem Frieden abträglich wäre. Aber immerhin, man darf nicht vergessen, der Frieden, den Herr Stresemann erblich und der Frieden, den der französische Außenminister Briand in diplomatischen Protokollen bewirgen will, sind zwei Begriffe, die wenig miteinander zu tun haben. In Deutschland erblickt man den Frieden in einer Gewährung der Rechte, die Deutschland als Kulturnation sicherstellen. Das wäre nach deutscher Ansicht die Hauptvoraussetzung für einen dauerhaften europäischen Frieden. In Frankreich hat man dem Friedensgedanken eine ganz andere Gestaltung gegeben. Dort erkennt man die Voraussetzung für die Durchsetzung dieses schönen Gedankens nur in der Erfüllung aller Sicherungsgarantien, die den Verfallenen Friedenvertrag zu schützen haben. Der deutsche Friede heißt Befreiung von einem unerträglichen Joch. Der französische Friede heißt Befreiung des Sieges, Befreiung der Macht über den niedergeworlenen Gegner, Befreiung des Instrumentes, das sich Verfallener Vertrag nennt. Und wie gesagt, beide Männer, sowohl Stresemann als auch Briand, haben sich um den Frieden bemüht. Allerdings nur um den Frieden, den sie für den richtigen hielten. Warum sollen sie auch nicht den angebotenen Friedenspreis als Belohnung für ihr wirksames Arbeiten akzeptieren? Warum nicht auch Chamberlain? Oder der amerikanische General Herr Dawes?

Alle haben sich um den Frieden bemüht. Aber dieser so heftig umtrittene, so heiß ersehnte, mit soviel Köpfschmerzen und Arbeit verbundene Friede, wie präsentiert er selbst sich uns heute? Es ist ein merkwürdiges Zusammenstreifen (vielleicht nicht ganz unabsichtlich), daß die Preisverteilung in Oslo und der Disput am Kontroversenfeld zu Genf zeitlich zusammenfallen. Man hat daher Gelegenheit, sich im Zusammenhang mit der Besetzung der Friedenspreisträger sich ein Bild darüber zu machen, wie weit das von den also Geehrten in Arbeit genommene Werk bereits komplett ist. Es steht zwar so aus, als ob die jetzige Genfer Konferenz mit einem Ergebnis endigen soll. Aber die Bewertung dieses Ergebnisses hängt von dem Grad der Einstimmigkeit, des Optimums oder des Maximums ab, den man dieser ganzen Frage entgegenbringt. Vielleicht ist das Ergebnis ein schönes, aber umso nichtigeres Kommanche, also nichts, unter Umständen (man mag es kaum zu hoffen) ein beachtenswerter deutscher Erfolg, auf jeden Fall aber nur ein Kompromiß. Schließlich kann auch ein Kompromiß etwas Günstiges für uns enthalten. Aber dies wenig Günstige vermag sich in eine Enttäuschung, wenn man sich die Hoffnungen vergegenwärtigt, die unmittelbar nach Thoiry eine ganze Welt zum Aufschauern brachte. Wenn aus einem freudigen Berge ein Mühlstein geboren wird, so kann dieses Mühlstein unter Umständen vielleicht ein ganz repräsentables nettes Ding sein. Aber ein Mühlstein bleibt immer nur ein Mühlstein. Was kann es für eine Rolle spielen, wenn man etwas Großes, Gewaltiges, ja Ueberlegendes erwartet hat. Also der Friede, um den sich die jüngsten Nobelpreisträger so fleißig bemüht haben, hat, wenn er heute überhaupt schon existiert, ein immerhin sehr problematisches Aussehen. Vielleicht veranlaßt die Kunde der Osloer Preisverteilung die Herren am Genfer Ratstische, es bei der menschlich verständlichen Freude über die Auszeichnung ihrer prominentesten Mitglieder nicht bewenden zu lassen, sondern aus dieser Gelegenheit, die wir ihnen gerne gönnen, erst recht und in ungleich höherem Maße als bisher, die Pflicht heranzuleiten, auch ohne den Klang äußerer Ehrung für die Sache des Friedens der Welt und vielleicht auch für so etwas wie eine moralische Genugtuung für Deutschland zu wirken.

Die Träger des Nobel-Friedenspreises.



Stresemann Briand Chamberlain Dawes

Das Nobelkomitee hat bekanntlich den Nobel-Friedenspreis für das Jahr 1926 dem deutschen Außenminister Stresemann und dem französischen Außenminister Briand zuerkannt. Der im vorigen Jahre zurückgestellte Preis für 1925 wurde dem britischen Außenminister Chamberlain und dem amerikanischen Vizepräsidenten General Dawes verliehen. Die Preissumme beträgt für jeden der vier Preisträger ungefähr 70 000 Mark.

Eine Erklärung Dr. Stresemanns zur Verleihung des Nobelfriedenspreises.

Seit Reichsaußenminister Dr. Stresemann veröffentlichte gestern abend folgende Erklärung:
"Die Verleihung des Nobelfriedenspreises ist mir eine anerkennende Freude und Genugtuung. Ich sehe in diesem Ereignis weniger eine persönliche Ehrung für die Außenminister Englands, Frankreichs und für mich; vielmehr bestrebe ich die Entschiedenheit als Symbol der Kultur, die die Welt der Politik zollt, deren Aufgabe durch die Namen London, Venedig, Genf und Thoiry gekennzeichnet ist. Das Ziel dieser Politik ist der dauernde Frieden und das Wohlergehen der Völker. Wie dieses Ziel erreicht werden? Ich vertraue darauf, solange Männer wie Briand und Chamberlain die Geschicke ihrer Völker leiten; zwei Männer, die aufrichtig und unter Einwirkung ihrer ganzen Persönlichkeit eine wirkliche Verständigung erreichen und deren große Verdienste für den Frieden der Welt bereits geschichtliche Tatsachen sind."

Marz' Glückwünsche an Dr. Stresemann.

Berlin, 11. Dezember. Reichsanwalt Marz hat an Dr. Stresemann folgendes Telegramm gerichtet: "Für Verleihung des Nobelfriedenspreises spreche ich Ihnen meine und der ganzen Reichsregierung aufrichtige Wünsche aus. Wenn auch das Ziel der von Ihnen seit Jahren erfolgreich durchgeführten Außenpolitik vornehmlich die baldige und endgültige Befreiung unseres Vaterlandes ist, so erblicke ich in dieser Auszeichnung das Merkmal der Weltöffentlichkeit, daß die deutsche Mitarbeit an der Weltpolitik analog dem Frieden der ganzen Erde dient."

Das Reichskabinett rüftet sich.

qu. Berlin. Die außenpolitische Lage beschäftigt schon jetzt das Reichskabinett berort, daß sich der Reichsanwalt aufbekannt hat, sich in längere Erörterungen mit den Vertretern der Parteien über die innenpolitische Lage einzulassen. Zu gleicher Zeit will Dr. Marz auch keine Entscheidungen treffen, ehe der Reichsanwalt über das Verhalten seiner Partei genau ins Bild gesetzt worden ist. Man hat zwar nach Genf über den Streit der Sozialdemokraten mit der deutschen Volkspartei berichtet, doch ist es nicht möglich, bei der überaus komplizierten Arbeit in Genf auch noch Entscheidungen über wichtige innenpolitische Fragen zu fällen. Da die Arbeiten in Genf nicht in allen Punkten einen Verlauf nahmen, den Deutschland antreibt, so waren in den letzten Tagen verschiedentlich Rückfragen nach Berlin gestellt worden, um die Einmütigkeit in der Auffassung des Reichsanwaltes und der übrigen Minister aufrecht zu erhalten. Unmittelbar nach Dr. Stresemanns Rückkehr wird sich das Kabinett mit den Ergebnissen der Genfer Konferenz beschäftigen, wobei der Reichsanwalter auch den Inhalt der außenpolitischen Rede, die er vor dem Hamburger Senat halten will, bekanntgeben wird.

Die Anleiheablösung im Haushaltsausblick.

Berlin. Der Haushaltsausblick des Reichstages trat gestern zu einer Abendbesprechung zusammen, um im Rahmen der Nachtragsetatsberatungen die Ablosungslage zu behandeln. Dem Ausschuss lagen verschiedene Entwürfe vor, die den Zweck haben, den alten, währigen Gläubigern der Anleiheablösungsschuld zu helfen. Der Ausschuss war sich in diesem Ziele durchaus einig, so daß die Bedeutung finanzieller Natur, die von den Regierungsvorstellern vorgeschrieben wurden, ohne Wirkung blieben.
In den Gerüchten über die Auflegung einer Ablosungsschuld erklärte Staatssekretär Wopke, daß die Idee einer Ablosungsschuld sich noch nicht in einem festen Plan entwickelt habe. Gegenwärtig schwebten lediglich Erwartungen darüber. In der Abstimmung wurden alle Entwürfe zur Erleichterung der Lage der bedürftigen Anleihegläubiger angenommen, darunter auch ein Antrag, der den Zinssatz für Hypothekendarlehen von 20 auf 30 Millionen Mark erhöht.

Pastisch gestorben.

Belgrad. Nicola Pastich, der nachts 2 Uhr einen Herzschlag erlitt und in Agonie verfiel, ist um 8 1/2 Uhr gestorben.

Mit dem Tode Pastich ist eine der bekanntesten Persönlichkeiten der Balkanpolitik aus dem Leben geschieden. Zwar trat Pastich im April dieses Jahres aus der Regierung Jugoslawiens aus. Sein Rücktritt war aber nicht gleichbedeutend mit einer Beendigung seiner Tätigkeit als Politiker. Als Führer der Bauernpartei fand er in den letzten Monaten der jugoslawischen Regierung gegenüber in hohem Maße Opposition, die den augenblicklichen Machtbesitzern in Belgrad bis in die letzte Zeit ernste Stunden und Sorgen bereitet. Nicola Pastich wurde im Jahre 1848 in Jajecar (Serbien) als Sohn eines Bauern geboren. Die Unversität absolvierte er zum Teil im Ausland. 1872 trat er als Ingenieur in den serbischen Staatsdienst ein, 1878 wurde er zum erstenmal von seinen Wählern in die Stupitsina gewählt. Er war der Gründer der sogenannten radikalischen Partei Serbiens, die eine starke antiherrliche Politik betrieb, was sie zu einer sehr heftigen Opposition gegen den damals regierenden österreichischen König Nikola bewog. Wegen eines Aufstandes, den Pastich im Jahre 1883 gegen den König angeblich angestreift haben soll, wurde er damals zum Tode verurteilt. Es gelang ihm jedoch, ins Ausland zu flüchten. Nach dem Tode des Königs schrieb Pastich wieder in die Heimat zurück. Als im Jahre 1914 über der serbischen Frage der Weltkrieg ausbrach, war Pastich Ministerpräsident seines Landes. Nicht zum wenigsten seiner großen Energie hat es Serbien zu verdanken, daß es am Ende des Krieges seine nationalen Ansprüche in nie geahntem Maße erfüllt sah. Pastich war auf der Friedenskonferenz der Vertreter Serbiens. Er trat jedoch im Oktober 1919 zurück, da er mit den Abmachungen des Friedens von St. Germain nicht einverstanden war. Abermals ergriff er die Regierung, um die zentrifugalen Tendenzen im neuen Staat zur Geltung zu bringen. Im Juli 1921 zwang ihn der Überhand der Oppositionsparteien zum Rücktritt. Die Demokraten konnten sich jedoch nicht lange in Serbien am Ruder halten. Als verschiedene Versuche, ein Koalitionskabinett zu bilden, scheiterten, bildete Pastich im November 1921 abermals ein Kabinett. Nun sollte er noch einen sehr großen Triumph erleben. Die schweren Streitigkeiten, in die er nach den Neuwahlen vom Februar 1925 mit Raditsch und seiner kroatischen Bauernpartei geriet, endeten im Frühsommer 1925 damit, daß seine Gegner nachgaben, und daß im Juli Raditsch selbst als Unterrichtsminister in das im Mai neubestimmte Kabinett Pastich eintrat. Jedoch war diese „Ehe“ nicht glücklich. Nach allerhand Reibereien, bei denen König Alexander wiederholt intervenieren mußte, trat Pastich am 4. April 1926 zurück, nachdem sein Sohn Radomir öffentlich als gewerkschaftlicher Vermittler von Staatsaufträgen bloßgestellt wurde, bei denen der Staat um viele Millionen geschädigt worden war.

Vertreter des Handwerks beim Reichsfinanzminister Dr. Reinhold.

Hannover. Die starke finanzielle Belastung des Gewerbes gab dem Reichsverband des deutschen Handwerks Veranlassung, dieser Tage eine Audienz beim Reichsfinanzminister Dr. Reinhold herbeizuführen. In der Audienz sprach der Vertreter des Finanzministers, daß er die Finanzämter zu demergerter Verhandlung von Entwürfen auf Herabsetzung der Vorauszahlungsraten für die Einkommensteuer angewiesen habe. Dessen müße in allen Fällen entsprochen werden, wo die Erhebung der unerbäulichen Rate eine wirtschaftliche Härte bedeuten würde. Es bestrebe nicht die Pflicht, für das Jahr 1926 Durchschnittsgewinnsteuern für das Kleingewerbe mit bindender Kraft allgemein aufzustellen, wenn auch die Finanzämter bei nicht buchführenden Handwerkern solche Mittel nicht gut entnehmen könnten. Für Betriebe mit umfangreicher Buchführung sei beabsichtigt, eine Verlängerung der Frist zur Abgabe der Einkommensteuer-Erklärung für 1926 bis zum 31. März 1927 zuzulassen.
Die Frage der Entrennung einer einfachen Kleingewerblichen Buchführung wurde späteren Verhandlungen vorbehalten.